

Ercheit täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Abend- und Spät-
ausgaben
Johannstadtstr. 22.
Anzahlungen der Abonnenten:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Die in diesem Blatt enthaltenen
Anzeigen sind für die nächsten
Tage bestimmt. Die Anzeigen
werden nur für die nächsten
Tage angenommen. Die Anzeigen
werden nur für die nächsten
Tage angenommen.

In den Anzeigen für die nächsten
Tage sind die Anzeigen für die
nächsten Tage zu verstehen.
Die Anzeigen für die nächsten
Tage sind die Anzeigen für die
nächsten Tage zu verstehen.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr 332.

Freitag den 28. November 1879.

73. Jahrgang.

Hauslage 16,000.

Abonnementspreis vierteljährlich 4 1/2 M.,
incl. Postgebühren 5 M.,
durch die Post bezogen 5 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postverrechnung 25 Pf.
mit Postverrechnung 45 Pf.

Inserte 1/2 Spalte 20 Pf.
Größere Sorten laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellen-
satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsbrett
die Spalte 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Geschäfts-
stelle zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung promptemad-
der durch Postnachnahme.

Bekanntmachung.

Am 2. Leich, d. i. Donnerstag den 18. December d. J., als dem Todestage der Frau Sara Fränzl soll die Hälfte der Rinsen der Schwa- und Sara-Fränzl-Stiftung an eine würdige, nicht durch eigene Schuld bedingt gewordene, in Leipzig wohnhafte ältere Person, mit Vorzug einer solchen weiblichen Geschlecht, ohne Unterscheid der Confession, des Berufs u. s. w. vergeben werden.
Wir fordern geeignete Bewerber hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 4. December d. J. bei uns einzureichen.
Leipzig, den 18. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgl. Richter.

Bekanntmachung.

Die verorbnete Frau Commerzrathin Louise Frege hat dem künftigen Krankenhause drei Tausend Mark vermacht mit der Bestimmung, daß dieses Capital jährl. angelegt und die Rinsen dazu verwendet werden, armen, schwächlichen Kranken ärztliche Hilfe und Verpflegung im Krankenhause angedeihen zu lassen. Wir bringen dies mit dem Ausdruck unseres Dankes zur öffentlichen Kenntniss.
Leipzig, den 24. November 1879

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdmann. Richter.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten an eingekerkerten Röhren und Gasmessern werden nicht unentgeltlich, sondern nur für Rechnung der Consumenten aufgeführt.
Besätzlich der Einführungsarbeiten und der Gasmesser sind solche Arbeiten regulativmäßig durch die Gasfabrik, bezüglich der sonstigen Leitungsröhren und Lampen durch die concessionsfähigen Gas-Fabrikateure und Schloßmeister auszuführen. Es liegt daher im eigenen Interesse der Consumenten, die dem großen ausgedehnten Röhren, Gasmesser und Brenner durch Ueberredungen und Umbüllungen möglich zu machen.
Im Ubrigen ersuchen wir die Consumenten, bei jeder vorkommenden Gasausbesserung oder bei plötzlichen und totalen Beschädigungen der Gaslampen sich der nächsten nächsten Feuer-Telegraphen-Station (Mittelstraße oder Feuerwache) zur Benachrichtigung der Gasanstalt zu bedienen.
Leipzig, den 27. November 1879.

Des Raths Deputation zur Gasanstalt.

Eisenbahnpolitik der Centrumpartei.

Die mit dem gestrigen Worte „Eisenbahn-Verstaatlichung“ hinreichend gekennzeichnete große Tagesfrage, an deren Lösung Presse, Regierung und Landesvertretung des preussischen Staates schon seit geraumer Zeit thätig sind, ohne es schon, ein ausreichendes Compromiß vor sich zu bringen, erhebt sich nun doch eine Behandlung, welche eine über Erwarten rasche Verhängung in Aussicht stellt. Am vergangenen Mittwoch erschienen in der zu diesem Zwecke gebildeten Eisenbahncommission die Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzen, die Herren Maybach und Bitter, um ihre Stellung zu den von einigen Fraktionen des Abgeordnetenhauses vorgebrachten Garantieforderungen bezüglich der Verstaatlichung der Privatbahnen näher festzustellen. Im Principe sind die meisten jener Garantien, welche anseherlich bereits genübende Würdigung erfahren, von den Herren Ministern gutgeheißen worden. Die Majorität des hohen Hauses ist damit für alle Punkte in so weit gekommen, als sich in den Fraktionen der National-Liberalen, der Conservativen und der Freiconservativen kein Widerstand gegen die maßgebenden Bestimmungen der Resolutionsentwürfe hat. In hohem Grade merkwürdig bleibt indessen bei der Behandlung dieser Angelegenheit die Haltung der Ultramontanen, der, wie es anfangs schien, zuverlässigsten Parteigänger des kaiserlichen Reichskanzlers. Man wird die Stellung dieser Partei durch einen Rückblick auf ihre Vergangenheit näher ins Auge fassen müssen, um sich ihrer Tendenz bewußt zu werden. „Die Landtagsession wurde — so äußert sich die „National-Lib.“ aus der Fraktion — vor wenigen Wochen unter dem Schlagwort der conservativ-ultramontanen Parlamentsmajorität eröffnet; die conservativ Partei streckte ihre Hand dem Centrum so weit wie irgend möglich entgegen, und bei der ersten entscheidenden Probe, der Eisenbahnfrage, verständigte sich diese Majorität und an ihre Stelle tritt die Verhängung zwischen Conservativen und National-Liberalen, das alte Verhältniß, aus dem seit einem Jahrzehnt die preussische Gesetzgebung hervorgegangen. Für die vorliegende Eisenbahnfrage wie für deren Einwirkung auf die gesammtpolitische Situation ist es im Grunde ziemlich gleichgültig, ob hinterher das Centrum ganz oder theilweise es noch für ratsam hält, zu den Freunden der Eisenbahnverstaatlichung abzuscheiden; es kann dafür als für einen überflüssigen Dienst von keiner Seite mehr Dank beanspruchen. Man erwäge nun aber einmal die Position der Regierung, wenn sie in der Frage, die ihr gegenüber weit mehr am meisten am Herzen liegt, zur Gewinnung einer Majorität die Hilfe des Centrums abfolat nötig gehabt hätte! Dann hätte es, was jetzt noch entschieden gelangt wird, sonnenklar zu Tage treten müssen, daß die Entscheidung über das Schicksal der Eisenbahnen auf einem ganz anderen Gebiete liegt als auf dem wirtschaftlichen. Dem Centrum nehmen die Verhandlungen über Verhängung des „Kulturkampfes“ einen so langsame Gang und die Aussichten auf ein günstiges Resultat sind ihm zu unheilbar, als daß es den Entschluß hätte fassen können, sich einmal wie bei der Zollreform für die Projekte des Reichskanzlers zu erheben ohne die Sicherheit, den Lohn auf dem Gebiete seiner eigentlichen Interessen zu ernten. Es ergibt sich aus diesem Vorgang, daß, wenn

die Regierung ihre Politik auf die Unterstüßung des Centrums gründen will, sie auch die vollen Konsequenzen dieses Entschlusses ziehen muß. Das Centrum ist nur dann eine zuverlässige Stütze, wenn ihm in den Kirchen- und Schulfragen die Zugeständnisse gemacht werden, die es beansprucht. Man kann eine Zeit lang die Dinge in dem Halbdunkel lassen, in welchem sie seit dem letzten Sommer sich befinden. Aber endlich drängt doch Alles nach einer Entscheidung, der man nicht aus dem Wege zu gehen vermag. Daß die Regierung, so lange ein Staatsmann wie Fürst Bismarck an der Spitze steht, diese Zugeständnisse in dem den Ultramontanen genügenden Maße nicht machen wird und kann, ist eine Ueberzeugung, der wir nie entgegen mochten, und darum haben wir stets den Versuch, das Centrum zu einer gouvernementalen Majorität heranzuführen, für ein, wenn auch einmal gelungenes, doch auf die Dauer verfehltes Experiment gehalten. Wenn die gegenwärtige Landtagsession dazu führen sollte, die Stellung, welche die ultramontane Partei im politischen Leben einnimmt und bei den Grundverhältnissen des Staats und Reichs notwendig einnehmen muß, wieder richtig und klar zu stellen, so hätte sie einen sehr wesentlichen Erfolg gehabt, und die Anfänge sprechen dafür, daß dies in der That der Fall sein wird. Am hellsten würde das Centrum dastehen, wenn es innerhalb der Partei, wie es heißt, wirklich zu einer Spaltung kommen sollte. Es wäre das erste Mal, daß die straffe Organisation und Disciplin dieser Partei in einer wichtigen Frage sich löste. Trist wirklich eine Spaltung ein, so würde man darin den Hintergedanken erkennen müssen, das Band mit der Regierung bei dieser Gelegenheit noch nicht völlig zu lösen, die Eisenbahnfrage als für die fernere Haltung des Centrums nicht maßgebend erscheinen zu lassen, die Entscheidung darüber hinauszuschieben, ob die Partei noch ferner in dem neuen Fahrwasser der Annäherung an die Regierung segeln oder wieder in die alte systematische Opposition abzuweichen will. Auf alle Fälle aber muß das Centrum durch diese hinterhältige Politik den besten Theil des Vertrauens verlieren, mit welchem man ihm seitens der Conservativen und der Regierung zu Beginn der Session entgegengekommen ist; darin erblicken wir die Bedeutung der Vorgänge bei der Eisenbahnfrage für die allgemeine politische Situation.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 27. November.

Die dänischen Regierungsvorgänge begrüßen den Besuch des nordischen Königsrajes in Berlin in höchst sympathischer Weise und die Worte über die sich anknüpfenden Beziehungen zwischen Dänemark und dem deutschen Reiche im Sinne des Friedens und der Freundschaft sind sehr wie Honiglein. Ob es sich hier um mehr als um eine Courtoisie handelt, ist dahin gestellt; wir wollen die Extravere in Berlin als eine gute Vorbereitungs für die Zukunft ansehen. Das Königs-paar wird im königlichen Schloß zu Berlin die sogenannten Königskammern bewohnen, die zuletzt der König von Sachsen inne hatte. Freitag Nachmittag findet ein Gala-Diner und nach demselben auf allerhöchsten Befehl eine Vorstellung im Opernhause statt. Während derselben verabschieden der König und die Königin sich von dem Kaiser, der Kaiserin und den königlichen Prinzen und Prinzessinnen und fahren Abends 11 Uhr mit der Hamburger Bahn im königlichen Salon-

wagen nach Lübeck, woselbst die bekannte dänische Rad-Kriegsdampfschiff „Gledwig“ vor Anker liegt, um die Herrschaften in wenigen Stunden nach Kopenhagen überzuführen. Im Gefolge der Majestäten befinden sich der königliche Marine-Capitän v. Hedemann, Hauptmann der königlichen Garde zu Fuß v. Willenrode, Kammerherr v. Eastenfeld und die Postdame Gräfin von Reventlow.

Der deutsche Reichskanzler ist bekanntlich ein abgelegter Feind von der Verstaatlichung diplomatischer Actenstücke. „Blattbücher“ sind niemals weder dem preussischen Landtage, noch dem Reichstage vom Fürsten Bismarck vorgelegt worden. Neuerdings ist aber von einem diplomatischen Actenstück die Rede, welches die Unterschrift des deutschen Reichskanzlers trägt, welches, wie es heißt, der Publication entgegensteht und dazu bestimmt ist, einerseits die Vereinbarungen zwischen Deutschland und Oesterreich zu erläutern, andererseits die Stellung zu fixiren, welche Deutschland gegenüber Rußland in politischen wie handelspolitischen Angelegenheiten einnimmt. Ob es sich hier nur um eine Instruktionsschreiben an andere diplomatischen Agenten im Ausland oder um eine Circulernote handelt, dürfte im Effect ziemlich gleichgültig sein. Jedemfalls lehrt sich die Spitze der neuesten Action des Fürsten Bismarck gegen die Zweifelslehre der russischen Politik, die mit äußerlichen Apparaten darlegen will, daß die Verbindung der beiden Hölle vollständig ausreicht, um Deutschland in der Gesellschaft Rußlands erscheinen zu lassen, während die Allianz mit Oesterreich der inneren Sachlage eine ganz andere Gestaltung gegeben hat. Ob schon der Zeitpunkt für die Veröffentlichung jenes wichtigen Actenstückes gekommen, wird wohl davon abhängen, ob durch einen Prinzen- und Söldnerwechsel in Petersburg die Friedenspolitik Deutschlands in ihrem ganzen Umfang anerkannt und demgemäße Schritte gethan werden. Mit diesen Angelegenheiten wird in zusehenden Kreisen die Rückkehr des Kronprinzen in Zusammenhang gebracht.

Die panslavistisch-demokratische Presse St. Petersburgs sieht noch immer auf dem hohen Pferde, wenn es sich um die deutschen Angelegenheiten handelt. An der deutsch-russischen Vermittlung trägt natürlich kein Anderer die Schuld, denn Fürst Bismarck. Der deutsche Reichskanzler wird daher noch wie vor gebührend herangezogen und „abgefangelt“. Der „Westfäl. Cour.“ („Carap. Voie“) sucht nun gar in einem Artikel nachzuweisen, daß die Gegnerschaft zwischen Bismarck und Gortschakoff bereits seit 1870 datirt. Den ersten Anstoß habe das russische Randschreiben gegeben, welches die auf das Schwarze Meer bezüglichen Artikel des Pariser Friedens anstößte. Die am 20. November 1870 in Tours übergebene Mittheilung des St. Petersburger Cabinets enthielt unter Anderem folgenden Satz: „Was immer für eine definitive Regierung es sein möge, welche sich Frankreich giebt, so wird es Aufgabe dieser Regierung sein, die durch ein politisches System, dessen Wirkungen so verdrößlich gewesen sind, verursachten Uebel zu heilen.“ Fürst Bismarck sei sehr unangenehm überrascht gewesen, sowohl von dem Erscheinen des Randschreibens, als durch dessen man ihn nicht zu Rathe gezogen, als durch das so unverhohlenen landgegebene Widerstreben des Fürsten Gortschakoff gegen die Restauration des zweiten Kaiserreichs, den Uebertritt des Krimkrieges, während die deutsche Politik sich noch alle Mühe machte, bezüglich des Friedensschlusses vorzugehen. Die zweite Bestimmung schreibt sich aus dem Jahre 1874 und vom Zusammentritt der internationalen Conferenzen in Brüssel zur Codification der Kriegsgesetze her. Die Idee hierzu stammte von Rußland; sie wurde von Deutschland sogleich unterstützt und Fürst Gortschakoff trug dies Herrn von Bismarck nach. Dann kam die spanische Affaire; der deutsche Kanzler, damals im vollen Feuer seines Kampfes mit dem Ultramontanismus — und namentlich, wie das Blatt hinzusetzt, mit der gegen Deutschland geplanten ultramontanen Liga — war der Erste die Regierung des Reichskanzlers Gortzans anzuerkennen, und er rechnete darauf, daß die übrigen Cabinete sich ebenfalls näherten, seinem Beispiele zu folgen. Er fand gleichwohl Widerstand in St. Petersburg. Die Vorfälle von 1875 sind oft genug besprochen, und über sie woggen zu Wenen, zumal in dem erwähnten Artikel nichts Neues darüber beigebracht wird.

Die Wahl des Präsidiums des preussischen Abgeordnetenhauses, welche nach der Geschäftsvertheilung der Beginn einer Legislaturperiode nach vier Wochen erneuert werden muß, wird heute (Donnerstag) stattfinden. Eine Wiederholung des bei Beginn der Session aufgetretenen Kampfes der Parteien kann natürlich in Niemandes Interesse liegen und es wird daher, wie herkömm-

lich, die Wiederwahl des Präsidiums durch Reclamation stattfinden. Der Antrag dazu kann selbstverständlich nur von einer der bei der ersten Wahl unterlegenen Parteien, also der freiconservativen oder der national-liberalen, ausgehen. — In der vor der letzten Plenarsitzung stattgehabten Sitzung der Budgetcommission wurde der vorbehaltene Titel des Extraordinarius des Eisenbahnhofs, betreffend den Bau des Frankfurter Bahnhofes, genehmigt und ebenso der Gesetzentwurf, betreffend den Ankauf der Homburger Eisenbahn. — Nach den über das Befinden des erkrankten Abg. Dr. Teschow eingegangenen Nachrichten ist eine sehr erfreuliche entschiedene Besserung eingetreten. Die Freunde des Herrn Teschow wünschen auf vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit hoffen.

Der sächsische Justizminister, Herr Leonhardt, war nur widerwilling darauf eingegangen, bei einzelnen Landgerichten oder in deren Bezirken Kammern für Handelsfachen einzurichten. Die Erfahrungen, die bisher in Preußen mit diesen Kammern gemacht worden, scheinen nicht dazu angethan zu sein, Leonhardt's Nachfolger eines Besseren zu belehren. Herr Friedberg hat nämlich der Handelskammer zu Darmen mitgetheilt, falls die von ihm gelegten Besorgnisse für eine gebrüchliche Erledigung der Geschäfte bei der dortigen Kammer für Handelsfachen sich verwirklichen sollten, so werde er eventuell den Fortbestand des Handelsgerichts in Erwägung ziehen, zumal auch bei der Bildung von Kammern seitens der kaiserlichen Kreise Darmen ein Mangel an Bereitwilligkeit zur Uebernahme des Richteramtes bemerkt worden sei, der die Zweckmäßigkeit der Einrichtung für genannte Stadt höchst problematisch erscheinen lasse. Was der betriebsamen Proschrift des Ministeres esieht man zugleich, daß bei der Darmen Kammer für Handelsfachen ein gänzlicher Mangel an Rechtsanwältten besteht. Um denselben abzuwehren, soll solchen Rechtsanwältten, welche die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei einem der Amtsgerichte zu Eberfeld oder Darmen nachsuchen, gleichzeitig die Zulassung bei dem Landgericht zu Eberfeld und der Kammer für Handelsfachen zu Darmen gewährt werden. Ueberhaupt ist nach Einführung der neuen Organisation in Preußen keineswegs eine solche Ueberfüllung der Advocatur eingetreten, wie früher befürchtet wurde. Im Berliner Landgerichtsbezirk I, der die ganze Hauptstadt umfaßt, sind jetzt 111 Anwälte thätig, 37 mehr als früher beim Stadtgericht, aber verhältnismäßig sehr wenig im Vergleich zu München, das 112, und Leipzig, das sogar gegen 150 Anwälte hat.

Die Wehrfähigkeit Oesterreichs ist eine Frage, die nicht nur die L. L. Doppelmonarchie selbst, sondern auch die politischen Kreise des deutschen Reiches lebhaft beschäftigt. Im Wiener Abgeordnetenhause handelt es sich jetzt zunächst um das Wehrgesetz, dessen Erledigung die innere Politik ebenso nahe angeht, wie die auswärtige. Die deutschen Verfassungsfreunde sind allemal für Erparungen, schon darum, weil die weltliche Reichshälfte mehr bezahlen muß als die ungarische. Hierbei ist es nun ein selbsterhellender Fall, daß man in einem Nachbarstaate, nämlich Deutschland, an den Forderungen der Regierung für das Heer, welche die deutsche Partei im Reichsrath gern ermäßigen möchte, keinen Anstoß nimmt. Dies beweist jedenfalls, wie frei man jetzt bei uns von Misstrauen gegen Oesterreich ist; ja es scheint zu bezeugen, daß man bei uns die österreichischen Streitkräfte vielmehr schon als befreundete und verbündete betrachtet und sie deshalb lieber stärker als schwächer zu sehen wünscht. Es heißt nunmehr, daß die deutsche Reichsregierung mit dem Plane umgehe, die Friedensstärke des Heeres von 400,000 Mann noch höher anzusetzen und schon dem nächsten Reichstage eine Vorlage darüber zu machen. Wir wollen das noch gar nicht für eine bereits entschiedene Sache ansehen, aber von einer Verminderung jener Friedensstärke hat man bis jetzt noch niemals sprechen hören, während die mit dem Reichstage geschlossenen Vereinbarungen nur noch für zwei Jahre Kraft haben. Die österreichische Friedensstärke, wie auch die Kriegsstärke, ist um ein Bedeutendes niedriger angelegt, als die unsrige. Die erstere beläuft sich auf 255,000 Mann und die Regierung in Wien will jetzt nach dem Ablauf der zehn Jahre, für die sie einst bestimmt wurde, diese Zahl selbsthalten; Abgeordnete haben vorgeschlagen, sie auf 230,000 herabzusetzen. Dabei ist nun zu wünschen, daß eine Verständigung zwischen der Regierung und dem Reichsrath gelingen möge, denn da die erstere entschlossen sein soll, sich nur bei einer ihr selbst genübenden Bewilligung zu beruhigen, so ist zu erwägen, daß die deutsche Verfassungspartei wahrlich nicht dabei gewinnen würde, wenn etwa wegen einer